Heute „Haus Hof Garten"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 10 M.

Erscheint wochentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Filmblatt „U.T.", Sonnabends „Haus Hof Garten". Man abonniert bei all. Postanstalt. Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, d. Tschechoslowakisch. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, d. Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. M. 400.— einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. M. 400.— bei tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben uns. Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. Filialen (Fernspr.: Dönhoff 5440—5455, f. d. Fernverkehr 4207—4209.) Tel.-Adr.: „Berliblatt", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 12spalt. Zeile M. 150.—, Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 75.—, Todesanzeigen M. 50.—, Nachrufe nach übl. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt. Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmt. Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 83; Zimmerstr. 30; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 40; Gneisenaustr. Alles 154; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 268 u. 346; Pflugstr. 6a; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 29; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Pflenberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hauptstr. 216; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Straße 5; Schöneberg: Hauptstr. 22/24; Martin-Luther-Straße 9; Siegfrid: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 138; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 32; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 477 (Ausgabe für Berlin) und Handels-Zeitung Sonnabend, 21. Oktober 1922 51. Jahrgang

Die gestrige Reichstagssitzung.

Die demagogische Rede Dr. Hergts. — Die Erwiderung des Reichskanzlers. — Die Attentatspläne gegen den Kanzler. — Die konstituierende Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft".

Von

Erich Dombrowski.

Der Reichstag verhandelte gestern über die Wahl des Reichspräsidenten. Die Regierung hatte, wie bekannt, ursprünglich den 3. Dezember als Termin vorgeschlagen. Die Fraktionen der großen Mitte, von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, hatten sich auf einen Initiativantrag geeinigt. Durch ein verfassungänderndes Gesetz sollte die Amtsdauer Eberts bis Ende Juni 1925 ausgedehnt werden, um die gegenwärtige gespannte politische und wirtschaftliche Situation nicht noch durch Wahlkämpfe zu verschärfen. Die Sitzung begann ruhig und würdig. Der Zentrumsabgeordnete Marx begründete in einer kurzen Erklärung, die er im Namen der gesamten Mittelparteien abgab, wirkungsvoll die Motive der Antragsteller. Dabei widmete er der Tätigkeit Eberts anerkennende Worte: „Wir bürgerlichen Parteien legen Wert darauf, festzustellen, daß wir die Verlängerung der Amtszeit wünschen, weil wir unserer Politik den Charakter der Stetigkeit, Festigkeit und Geschlossenheit geben wollen." Beifall in der Mitte.

Dr. Hergt, der Führer der Deutschnationalen, flitzt auf die Rednertribüne. Das parlamentarische Perpetuum mobile beginnt in sprudelndem Wortschwall die ablehnende Haltung der äußersten Rechten zu begründen. Es wird bald sehr lebhaft im Hause. Zwischenrufe gehen hin und her. Die meisten Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und strömen nach vorn, um sich kein Wort entgehen zu lassen. Die Deutschnationalen ermuntern ihren Redner durch Zurufe. Die Kommunisten lärmen. Hergt leistet sich ein Demagogenstückchen. Die Atmosphäre ist schwül. Hergt spielt sich als der große Volkstribun auf. Wild gestikuliert er mit seinen Händen. „Die Parteien der Mitte sind," sagte er, „auf der ganzen Linie umgefallen. Egoistische Parteirücksichten haben gesprochen. Man hat die günstige Konjunktur ausnützen wollen. Man hat Angst vor Hindenburg gehabt. Angst vor dem Hindenburg ante portas." Die Erregung im Hause wächst. Widerspruch erhebt sich. Lärm entsteht. „Unruhe," fährt er fort, „ist dadurch hervorgerufen worden, daß es an Schutz der Versammlungsfreiheit fehlt. Man braucht nur dafür zu sorgen, daß sie ausreichend geschützt wird. Dann ist von einer Beunruhigung keine Rede mehr. Dann werden wir mit den paar Kommunisten auf der anderen Seite noch immer fertig." Allgemeines Gelächter. Spiegelberg, ich kenne dich. „Warum hat man nicht mehr Siegesbewußtsein? Die Hoffnungen, die die Mehrheit des Volkes auf die Präsidentenwahl gesetzt hat, sollen um des Parlamentarismus willen geopfert werden." Neue Unruhe. Der Reichskanzler macht sich eifrig Notizen. „Wir haben immer den Eindruck gehabt, daß Ebert für seine Partei gesorgt hat." Die Sozialdemokraten begehren auf. Selbst Adolf Hoffmann, dessen parlamentarische Witzbasis sich bedeutend verengt hat, seit er auf den Boden der mittleren Kompromißpolitik getreten ist, gerät aus dem Häuschen. „Hier soll das Volk entrechtet werden." Es folgen einige juristische Ausführungen, die sich mit der Verfassung beschäftigen. Tüfteleien. Ein Husarenritt über Paragraphen. Zum Schluß droht er mit dem Volksgericht, daß über die Koalition hereinbrechen werde. Hergt hat durch seine wilde agitatorische Rede erreicht, was er wollte: einen wilden Parteihader entfesselt. Das ist in der Praxis die Politik der Einheit, die die Deutschnationalen angeblich anstreben. Es ist eben immer dasselbe Spiel. In den Sprüchen Salomonis steht: Wenn du den Narren im Mörser zerstießest mit dem Stempfel wie Grütze, so ließe doch seine Narrheit nicht von ihm.

Der Reichskanzler schnellt von seinem Sitze auf und rechnet sofort mit Hergt ab. Scharf und pointiert kommt seine Entgegnung heraus. Es ist keine wohldisponierte und durchkonstruierte Rede, sondern eine Auseinandersetzung von Fall zu Fall. Schirmend stellt er sich vor den Reichspräsidenten, den Hergt persönlich verunglimpft habe. „Ohne die Tätigkeit des Reichspräsidenten und seiner Freunde hätten Sie keine Gelegenheit, hier zu sitzen." Lachen rechts. Zustimmung links. „War es nicht die Hauptaufgabe derjenigen, die nach der Katastrophe das deutsche Volk zu führen hatten, das Prinzip der Demokratie gegenüber den Bestrebungen der Diktatur zu wahren?" Weiter. Hergt macht dem Reichspräsidenten einen Vorwurf wegen seiner religiösen Auffassung. „Und die deutschvölkischen Kreise mit ihren heidnischen, geradezu bösartigen Bestrebungen?" Die Deutschnationalen rutschen unruhig auf ihren Sitzen hin und her. Einige schlagen entrüstet mit der Hand auf den Tisch. Dem Kanzler werden allerhand Worte zugerufen, die in der allgemeinen Unruhe untergehen. Als er nach der Abrechnung sich setzt, stimmt die äußerste Rechte einen Pfui-Chor an. Die Linke bleibt die Antwort nicht schuldig, und so entsteht minutenlang ein Stimmengewirr, daß die Glocke des Präsidenten nicht zu meistern vermag.

Die Parteien kommen wieder zu Wort. Müller (Franken) spricht für die Sozialdemokratie: Von deutschnationaler Seite sind merkwürdige Töne in der Einigungssymphonie angeschlagen worden. Fast leidenschaftlich erregt geht Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei mit Hergt ins Gericht. „Durch den Kampf um die Präsidentenwahl würde die Reichseinheit gefährdet werden. Es wäre aufs äußerste unerwünscht, wenn in diesem kritischen Zeitpunkt in einzelnen Ländern sich monarchische Tendenzen geltend machen würden." Alles, was Dr. Stresemann sagt, und wie er es sagt, ist eine Rechtfertigung der Politik, die die Demokratische Partei seit jeher getrieben hat. Ihr stand das Vaterland, die Einheit des Reiches höher als die Partei, und so hat sie sich nun schon seit drei Jahren in die politische Drecklinie gestellt, ohne auf Dank zu rechnen. Schrittweise hat die Deutsche Volkspartei, aus der bitteren Erfahrung der realen Tatsachen heraus, sich diesem Standpunkte genähert und ist nunmehr zu der Erkenntnis gekommen, die gestern so beredt aus den Worten ihres Führers sprach. „Wir haben vielleicht mit Widerständen im eigenen Lager zu rechnen," erklärte er abschließend, „zum mindesten werden wir mit einer starken Kampfstellung den Deutschnationalen gegenüber rechnen müssen, aber trotzdem sind wir überzeugt, daß der von uns beschrittene Weg der richtige war." Unter lebhaftem Beifall der Mitte verläßt er die Tribüne. Frau Zetkin, die Kommunistin, kommt an die Reihe. Die alte Dame spricht temperamentvoll wie ein heißblütiges Mädchen, und überschreit sich vor innerer Erregung zitternd, fast bis zur Heiserkeit. Natürlich protestiert sie: Gegen den Antrag, gegen die Präsidentschaft überhaupt, gegen vieles und anderes, wie die alten Griechen zu sagen pflegten. Den Reigen beschließt, gleichfalls als Protestler, der Abgeordnete Wegmann von der Zweimännerpartei Ledebour. Ist das Spiel schon aus? Kann an die Abstimmung herangegangen werden? Nein. Ein Intermezzo erregt die Gemüter aufs äußerste.

Präsident Löbe hatte während der Debatte eine bedeutsame Mitteilung gemacht: die Schutzmaßregeln für das Leben des Reichskanzlers mußten erhöht werden, weil er von neuen Anschlägen bedroht ist. In einer persönlichen Bemerkung am Schlusse der Verhandlung kam Dr. Hergt darauf zurück und betonte auffällig: „Wir gehen völlig einig mit allen Parteien darin, daß wir nicht bloß theoretisch solchen verbrecherischen Wahnsinn verurteilen, sondern auch mit der Tat Front dagegen machen. Ich stelle namens der Deutschnationalen fest, daß solche verbrecherischen Wahnsinnigen keine Entschuldigung, keine Duldung, keine Unterstützung und keine Schonung bei uns finden werden." Der Reichskanzler: „Seien Sie sich des Ernstes

Aufdeckung eines Mordplans gegen Dr. Wirth.

Die Erklärungen des Reichskanzlers.

Eine Mahnung Fehrenbachs im Reichstag.

Im Anschluß an die gestrige Mitteilung des Reichstagspräsidenten Löbe im Reichstag, daß die Schutzmaßnahmen für den Reichskanzler verstärkt werden müßten, weil er von neuen Anschlägen bedroht sei, und die Bemerkung des deutschnationalen Redners Hergt, daß seine Partei solchen verbrecherischen Wahnsinn bekämpfe, erklärte

Reichskanzler Dr. Wirth:

Zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten, die meine Person betreffen, ist von hier aus keinerlei Veranlassung erfolgt, aber **seien Sie sich über den Ernst der Situation durchaus klar. Die Nachrichten, die wir haben — und das ist auch bereits von einem der Verschwörer bekannt worden —, zeigen, daß wir mit neuen politischen Morden in Deutschland rechnen müssen.** (Hört, hört! Große Bewegung.) Ich stelle das lediglich fest. Herr Hergt hat recht, man sollte es nicht glauben, daß dieser Wahnsinn des Gedankens in Deutschland nach dem Rathenau-Prozeß noch einen Boden finden kann. Ich habe keinen Anlaß, hinter dem Berge zu halten.

Was meine Person betrifft, so steht sie hier nicht zur Debatte. Die Herren rechts können glauben, daß mich ein schmerzliches Gefühl befallen hat, daß in einer Frage, die rein sachlich geführt werden kann, der Herr Reichspräsident, dem wir alle zu Dank verpflichtet sind, heute in den Vordergrund der Debatte von Herrn Hergt gebracht ist. Ich selbst habe die Politik und gerade die Außenpolitik ohne Rücksicht auf die Parteien geführt. Wenn ich etwas für mich in Anspruch nehmen kann, so ist es die sachliche Führung der Reichsgeschäfte, der wir unsere letzten Kräfte zu widmen haben. Ich war deshalb überrascht, daß heute diese verschärfte Note angeschlagen worden ist, wie es auch Herr Stresemann bestätigt hat. (Ruf rechts: „Der Feind steht rechts!") Ich habe damals, an jenem Sonntage, wo die große, zitternde Erregung dieses Haus nicht nur durchtobte, sondern das ganze Volk, mich ausdrücklich gegen die Atmosphäre des Mordens gewandt, und da habe ich die rhetorische Frage aufgeworfen: „Wo steht der Feind?" und habe dann gesagt: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden des eigenen Volkes träufeln läßt. Wo dieser Feind steht, darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts." Darf ich Sie daran erinnern daß in Ihrer Presse geschrieben worden ist. Rathenau sei von diesen blinden Fanatikern deshalb zur Strecke gebracht worden, weil er den Vertrag von Rapallo abgeschlossen hatte? Soll ich Sie ferner daran erinnern, was einer Ihrer Freunde geschrieben hat in den „Konservativen Monatsheften", den Sie glücklicherweise von sich abgestoßen haben? Hat es einen Wert, daß wir heute diese neue Atmosphäre und die Aera des persönlichen Kampfes zu Beginn dieses Winters eröffnen, der für das ganze deutsche Volk solche furchtbare Aussichten bietet? Beteiligen Sie (nach rechts) sich lieber an der sachlich ruhigen Erwägung dieser Vorlage und stehen Sie hinter uns, wenn es sich darum handelt, jede Gewaltat in Deutschland abzuwehren. Vom ersten Tage an, als ich mein Amt antrat, war ich von dem Haß der Ihnen Nahestehenden verfolgt! (Sehr wahr! links und im Zentrum). Die Not des Vaterlandes ist übergroß, die Schatten, die von außen auf uns fallen, sind riesenhaft. Ich habe auf dem Industrie- und Handelstage die Parole ausgegeben, das ganze Volk soll es sein, wenn es sich darum handelt, den Kampf gegen Hunger und Elend aufzunehmen. Und nun ist diese meine Einladung von Herrn Hergt mit dieser gehässigen Rede beantwortet worden! (Lebhafter Beifall links und in der Mitte, Zischen rechts).

Präsident **Löbe:** Die Debatte ist wieder eröffnet. Ich möchte meine frühere Bitte an die Abgeordneten wiederholen! (Zuruf rechts: Aber auch an den Reichskanzler!)

Abg. **Hergt** (Deutschnat.) versichert unter großer Unruhe der Linken, Abg. Malzahn wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen, daß er durchaus sachlich gesprochen habe. Die Zumutung des Reichskanzlers laufe freilich darauf hinaus, die parlamentarischen Rechte der Opposition einzuschränken.

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) ersucht die Deutschnationalen dringend, auf die ihnen nahestehenden, wenn auch nicht im Parlament vertretenen Kreise mäßigend einzuwirken, vor allem auf die deutschnationale Presse, um der Mordatmosphäre ein Ende zu machen. Er verweist auf die gehässigen Angriffe, denen ein der deutschnationalen Presse ausgesetzt worden sei, weil er sich als Richter in Leipzig bemüht habe, die Verbindung der Mörder mit der zweifellos bestehenden Mörderzentrale aufzudecken. (Große Unruhe bei den Deutschnationalen.) Bei der Frage nach etwaigen Verbindungen habe ich ausdrücklich die deutschnationale Fraktion ausgeschlossen. Die Fragestellung war nur meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. Daß solche Verbindungen bestanden, ist durch diesen Prozeß tatsächlich aufgedeckt worden, und es war deshalb gar kein Anlaß für irgendeine vernünftige Presse, mich wegen meiner Frage über diese Verbindungen lächerlich zu machen und herabzuziehen. In der „Deutschen Tageszeitung" ist ein Artikel erschienen mit der Ueberschrift „Boß—Brüdigam—Fehrenbach". Das war Lausbubenarbeit, meinen Namen mit dem Boß in Verbindung zu bringen, der bald als Links-, bald als Rechtsbolschewist hingestellt wird. Und mit Brüdigam, der vielfach vorbestraft ist, der anderthalb Jahre im Irrenhause war. Es ist weiter festgestellt, daß sich Studenrauch mit der Ermordung Rathenaus getragen hat. Schüler und Leserr mußten gewußt haben, von welcher Qualität dieser Studenrauch war, und es wäre Pflicht gewesen, dagegen vorzugehen. Wenn ich fragte, ob Studenrauch noch Schüler des Realgymnasiums sei, so war das wirklich eine Frage aus der Not der Zeit heraus. (Sehr wahr!) Entschuldigen Sie, daß ich diese persönlichen Ausführungen machen mußte. (Zuruf rechts: An welche Adresse wenden Sie sich?) An Ihre! (nach rechts.) Sie kommen nicht darüber hinweg, daß Ihre Presse in dieser Form dem Prozeß gegenübersteht.

(Siehe den Reichstagsbericht Seite 3.)

* * *

Einzelheiten über das Komplott.

Wie zu den Mitteilungen des Reichskanzlers über das Bestehen eines Komplotts gegen ihn noch bekannt wird, ist die Verhaftung, von der Dr. Wirth sprach, im Rheinland erfolgt. Der Verhaftete, dessen Angaben man noch im einzelnen nachprüft, soll nach Berlin überführt werden. Eine zweite Spur, die von der Polizei verfolgt wird, soll nach Berlin weisen.

Wolffs Telegraphenbureau teilt noch mit: Der Reichsregierung sind in den letzten Tagen konkrete Mitteilungen über Anschläge zugegangen, die sich gegen das Leben des Reichskanzlers richten. Weitere Aufklärungen können vorerst im Interesse der eingeleiteten Untersuchung nicht gemacht werden. Im übrigen sind pflichtgemäß von den beteiligten Stellen umfassende Maßnahmen getroffen worden, um die Sicherheit des Reichskanzlers zu verbürgen.

Die Drohbriefe.

Der United Telegraph" erfährt, daß dem Kanzler in letzter Zeit außerordentlich viele Drohbriefe zugegangen sind, in denen ihm das gleiche Schicksal wie dem ermordeten Außenminister Rathenau angedroht wurde. Die Fülle der Briefe nahm in den letzten Tagen einen derart großen Umfang an, daß sich die Kriminalpolizei eingehend mit dem gesamten Briefmaterial beschäftigte. Ueberall wurden polizeiliche Briefkontrollen verhängt, wo man Verbindungen mit denjenigen Kreisen vermutete, in denen etwa ein Attentat geplant sein könnte. Hierbei wurde der Brief eines jungen unreifen Burschen in Königsberg namens Schulz an einen Bekannten abgefangen, in dem er diesem mitteilte, daß er Dr. Wirth erschießen werde. Dieser Brief und der Verdacht, daß ein Anschlag unmittelbar bevorstehe, hat dazu geführt, daß der Schutz des Kanzlers außerordentlich verstärkt wurde. Die Reichstagswache erhielt Verstärkungen, und auch zahlreiche Kriminalpolizisten halten sich dauernd in der Umgebung des Kanzlers auf.